

20. Februar 2014

Grünes Licht für für Bebauung bei der Frako

Petitionsausschuss: Gelände ist frei von PCB-Altlasten.

TENINGEN. Seinen Bericht hat Thomas Marwein, Berichterstatter des Petitionsausschusses des Landtags in Stuttgart, den die BI "Sauberes Wasser" angerufen hat, noch nicht geschrieben. "Für die Bebauung habe ich jedoch schon einmal grünes Licht gegeben", erklärt der umwelt- und lämpolitische Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion auf BZ-Anfrage. Das Grundstück zwischen dem ehemaligen Frako-Gelände und der Siedlung sei altlastenfrei. Die BI hatte gefordert, die Bebauung zu unterlassen, weil dies sanierungsschädlich sei – was Marwein offensichtlich so nicht sieht.

Dass Marwein, Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Offenburg, noch keinen Bericht geschrieben hat, begründet er mit weiteren, ergänzenden Eingaben der BI. "Es wurde qualifiziertes Material nachgeliefert, das dann auch mit den Mitarbeitern beim Amt für Wasserwirtschaft und Bodenschutz am Landratsamt besprochen werden musste", erläutert Marwein. Weiterhin offen sei die Thematik der hydroxylierten polychlorierten Biphenole (PCB). Im Gegensatz zu anderen PCB gebe es für diese keine Grenzwerte. Die Frage sei deshalb, ob auf diese Stoffe die normalen Grenzwerte angewendet werden können oder ob andere herangezogen werden müssen.

Marwein: Abgepumptes Wasser ist frei von PCB

Ergänzend seien dann noch Fische gefangen worden, die mit PCB hochbelastet waren. Sie hätten "eigentlich als Sondermüll entsorgt werden müssen". Vermutlich stamme die Belastung aus dem Grundwasser oder dem Schlamm, in dem die Fische gründeln. Dieser könne noch aus der Betriebszeit der Firma Frako belastet sein, die mit PCB arbeitete, so Marwein. Das Wasser, das zur Sicherung des Grundwasservorkommens auf dem Gelände abgepumpt werde, sei frei von PCB.

Für Marwein waren auch die neuen Erkenntnisse nicht ausschlaggebend, die Bebauung des Grundstücks zu untersagen. Zumal der Boden frei von Altlasten sei. Auch habe er den Eindruck gewonnen, dass es den Petenten nicht so sehr um die Bebauung, als um die Forderung nach einer grundlegenden Sanierung des Grundwassers gehe. "Würde ich dort wohnen, würde ich auch keinen eigenen Brunnen betreiben", sagte dazu Marwein. Der Berichterstatter sieht zugleich die Mitarbeiter des Amtes für Wasserwirtschaft und Bodenschutz in einer sehr schwierigen, weil in Baden-Württemberg einmaligen Lage. "Die sind ein bisschen alleingelassen", sagt Marwein. Deshalb sei es über die eigentliche Entscheidung hinaus sein Anliegen, dass diese als "Abfallprodukt des Petitionsverfahrens Unterstützung von der Landesanstalt für Umweltschutz und vom Umweltministerium bekommen".

Autor: Markus Zimmermann